

Ist mit der Bombardierung von Krankenhäusern an den Konfliktzonen in Afghanistan und Syrien eine neue Dimension der Grausamkeit erreicht? Wie können humanitäre Mindeststandards durch allgemein geachtete Rechtsnormen garantiert werden, wie die Zivilbevölkerung und ihre (ausländischen) Helfer geschützt werden? Offene Fragen auch nach einer intensiven Diskussion im Kreuz + Quer am Bohlenplatz.

ERLANGEN - Seit in den letzten Jahren das euphemistisch „humanitäres Völkerrecht“ genannte Kriegsrecht vielfach dramatisch gebrochen wurde, gab es auch in Erlangen entsetzte Reaktionen und Diskussionen über die Bombardierung der „zivilen“ Stadt Aleppo und den Syrienkrieg - konkret in der Ärzteschaft, im Universitäts-Lehrkörper sowie unter den Erlanger Flüchtlingsinitiativen. Besonders betroffen machte, dass die Gewalt gegen Zivilisten und neutrale Hilfsorganisationen keineswegs nur von Seiten fanatisierter Freischärler ausging, sondern auch

Humanitäre Hilfe gerät unter Beschuss

Bombenangriffe auf Krankenhäuser, Patienten und Mediziner schockieren und lähmen

von Regierungstruppen - im Fall von Kundus sogar von der US-Armee.

Dort war, wie der Berliner Mediziner Tankred Stöbe, Mitglied im Internationalen Vorstand von Médecins sans frontières und bis 2015 Präsident der deutschen Sektion Ärzte ohne Grenzen, aus eigenem Erleben berichtete, durch den Beschuss eines Hospitals 2015 mit 42 Opfern, darunter 14 Mitarbeiter von Ärzten ohne Grenzen, ein gefährlicher Zustand eingetreten. Besonders bitter: Mit der Zerstörung des Krankenhauses in Kundus wurde die Bevölkerung einer ganzen Region von medizinischer Versorgung abgeschnitten - was nicht einmal den feindlichen Taliban „gefiel“.

Und dann folgte auch noch die Bombardierung von Krankenhäusern in Aleppo, die die letzten Zufluchtsorte der Einkesselten zer-

störte und die Behandlung Verwundeter unmöglich machte. Und das in einem Land, so Stöbe, das durch die Schließung der Balkanroute für Flüchtlinge die Syrer zu Gefangenen im eigenen Land mache - „es gibt nichts Grausameres, als in einem Bürgerkriegsland eingesperrt zu sein.“ Besonders infam, so Stöbe, sei die „Zweitschlagstrategie“ der Regierungstruppen, die - zeitlich etwas versetzt - auch die noch Helfer der Opfer der Bombardements treffe.

Ist die Erosion aufzuhalten?

Kann, so fragte die Ärztin Ursula Hahn, Vorsitzende des mitveranstaltenden Vereins Gesundheit und Medizin in Erlangen, das humanitäre Völkerrecht auch bei sogenannter asymmetrischer Kriegsführung durchgesetzt werden? Wie kann die weitere Erosion von Menschlichkeit gestoppt wer-

den? Und welchen Einfluss kann die Zivilgesellschaft ausüben?

Der Erlanger Menschenrechtler Heiner Bielefeldt und sein Kollege Christoph Safferling, Professor für Internationales Strafrecht und Völkerrecht, konnten allerdings nicht viel Hoffnung machen, dass es verbindliche und allgemein akzeptierte menschenrechtliche und strafrechtliche Regelungen geben werde - den internationalen Institutionen seien durch nationale Widerstände allzu oft die Hände gebunden. Bestenfalls in der Vollversammlung der Vereinten Nationen sieht Bielefeldt „einen eigenen Organismus, der auch von Zivilgesellschaften ge- und benutzt werden kann“. Leider sei der Sicherheitsrat der UN jenes Gremium, das die Vollversammlung blamiere.

Bielefeldts Kollege Safferling ist zwar davon überzeugt, dass Angriffe

auf geschützte Objekte und zivile Ziele auch künftig geahndet werden können, die politisch geforderte Inanspruchnahme von Menschenrechten sei aber vor der Folie des Kriegsrechts stark eingeschränkt. Und bei asymmetrischen Konflikten, in denen sich keine zwei „gleichwertige“ Gegner gegenüberständen, versage selbst das auf Gegenseitigkeit (Reziprozität) beruhende Kriegsrecht.

Prinzip Hoffnung gilt weiter

So ist denn die Palette der Möglichkeiten der geschockten Zivilgesellschaft selbst eher schmal. Bielefeldt plädiert für Druck auf politische Mandatsträger („Schreiben Sie Briefe“), sein Kollege Safferling erhofft sich vom Verfolgungsdruck durch den Internationalen Strafgerichtshof gewisse Konsequenzen: „Auch der syrische Präsident Assad kann sich nicht darauf verlassen, nicht eines Tages vor diesem Gericht erscheinen zu müssen“. Und Tankred Stöbe, der Mediziner ohne Grenzen, appelliert an das Publikum: „Bitte lassen Sie uns nicht im Stich.“ P. MILLIAN